Grosskaliber Sportschützen Verband Baden-Württemberg e.V.

LV 7 im BDS

Helmut Glaser
Präsident
In den Beeten 50
74379 Ingersheim
Tel.: 07142/7759-24; Fax - 25;
praesi@gsvbw.de
14.07.2013

Informationen zum Waffenrecht – Bundestagswahl 2013

Liebe Mitglieder,
am 22. September wird mit der Wahl zum Deutschen Bundestag auch darüber entschieden, wie es mit unserem Sport weitergeht. Insbesondere eine Partei setzt sich ganz vehement für ein Verbot von Schusswaffen ein.
Der Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes hat daher die Bundestagsparteien angeschrieben und um eine Stellungnahme u.a. zum Thema Waffenrecht und Sportschießen gebeten. Die Antworten von FDP und CDU/CSU sind auf den jeweils unten angeführten Links auf den Internetseiten des DSB zu finden.
Nachfolgend zitiere ich die meiner Meinung nach wichtigsten Punkte daraus:

FDP

Quelle:
http://www.dsb.de/media/PDF/Recht/Waffenrecht/Aktuelles/FDP_-_Positionspapier_Waffenrecht_11.06.13_1_.pdf

Beschluss der FDP-Bundestagsfraktion vom 11. Juni 2013

„... Wenn das Waffenrecht unverhältnismäßig verschärft wird, Sportschützen, Jäger und Sammler ihre Hobbies aufgeben müssen, werden nicht nur die Grundrechte vieler unbescholtener Bürger übermäßig beschränkt, sondern wir verlieren zugleich Kulturgut und wichtiges ehrenamtliches Engagement. Das Waffenrecht ist deshalb nicht als Spielwiese ideologischer Überzeugungen zu missbrauchen. **Wir widersetzen uns auch im Bereich des Waffenrechts dem von anderen Fraktionen immer wieder versuchten Gängeln der Bürger. Die Politik darf Bürger, die einer legalen Tätigkeit nachgehen, die ihren Grundrechten entspricht, nicht aufgrund der eigenen Weltanschauung einschränken.**

8) Großkaliber
Das von vielen geforderte Verbot von Großkaliber- oder Kurzwaffen hätte zur Folge, dass eine Waidgerechte Jagd nicht mehr möglich wäre. Eine Ausnahme des Verbots für Jäger würde aus unserer Sicht zu einer Stigmatisierung der Sportschützen führen. **Daher lehnen wir ein Verbot des Großkalibers in Deutschland ab.** Zudem ist kein Nachweis gegeben, dass ein Verbot großkalibriger Waffen ein mehr an Sicherheit schafft... „

Die Linke

Im Wahlprogramm von „Die Linke" (http://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/) finden sich keine konkreten Aussagen zum aktuellen Waffenrecht. Nachfolgend jedoch ein Auszug aus einer Rede im Bundestag (http://www.linksfraktion.de/reden/grundlegende-aenderung-waffenrechts-sind-noetig/):

22.03.2013 – Frank Tempel

Grundlegende Änderungen im Waffenrechts sind nötig!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Mehr öffentliche Sicherheit durch weniger private Waffen" - das klingt doch zumindest erst einmal ganz logisch. Die Bundesregierungen der letzten Jahre haben das Thema Waffenrecht in der Regel nur angefasst, wenn schreckliche Ereignisse die öffentliche Diskussion beherrschten.

Amoktaten lösten bisher regelmäßig politischen Aktionismus aus. Da wurde hier ein bisschen verboten, da ein bisschen geändert; aber grundlegend hat sich an der Sicherheitslage nichts verändert, weder bei legalen Waffen noch bei illegalen Waffen.

Es kam immer nur darauf an, zu zeigen, dass man auf das tragische Ereignis reagiert hat. Nutzen und Umsetzbarkeit der Änderungen spielten keine Rolle. Das ist genau der Grund, warum eine Evaluierung dieser Änderungen bis heute nicht vorliegt.
Die Grünen haben nun einen sehr radikalen Antrag auf den Tisch gelegt. Aber angesichts von über 10 Millionen legaler Waffen in der Bundesrepublik muss das Thema eben auch einmal radikaler diskutiert werden. Das ist vollkommen richtig.
Das gilt erst recht, wenn es um Großkaliber, halbautomatische Waffen und Munition mit besonderer Durchschlagskraft geht. Bei allen Fragen, die die Linke zur Umsetzung dieser Vorschläge hat, stelle ich fest, dass wir das Anliegen der Grünen sehr deutlich teilen. Wir sehen bei diesen Vorschlägen einen Sicherheitsgewinn.

Liebe Mitglieder – als Sportverband sind wir selbstverständlich politisch neutral. Trotzdem halte ich es für unsere Pflicht, Sie darüber aufzuklären, welche Planungen es durch die einzelnen Parteien gibt, sollten sie die Regierung nach dem 22. September übernehmen. Ich bitte Sie, sich an Hand der vorstehenden Aussagen selbst ein Bild zu machen und dann am 22. September unbedingt zur Wahl zu gehen. Bitte motivieren Sie auch notorische „Nicht-Wähler". Diese Wahl entscheidet über die Zukunft unseres Sports. Und **jede Stimme zählt**. Briefwahl ist heutzutage sehr einfach und kann auch von älteren Bürgern und Bürgerinnen einfach wahrgenommen werden.

Leider höre ich immer wieder die Aussage „die können uns die Waffen nicht wegnehmen". Diese Aussage ist leider nicht zutreffend. Was passiert bereits heute einem Mitglied, wenn es aus dem Verein austritt? Die Behörde wird das Bedürfnis widerrufen und der Betroffene muss innerhalb einer vorgegebenen Frist seine Waffen veräußern oder unbrauchbar machen. Was ist also die Konsequenz, wenn (zunächst) die Großkaliber-Disziplinen verboten werden sollten? Es fehlt das Bedürfnis für den Besitz. Dies bedeutet ....

Liebe Mitglieder – der Vorstand des Landesverbandes zählt auf Sie. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass wir noch möglichst lange unseren schönen Sport ausüben können.

Im Namen des Vorstands bedanke ich mich jetzt schon für Ihre Unterstützung,

Ihr Helmut Glaser

CDU/CSU

Quelle: http://www.dsb.de/media/PDF/Recht/Waffenrecht/Aktuelles/WP_Deutscher_Schuetzenbund.pdf

3. Waffenrechtliche Regelungen

a) Plant Ihre Partei konkrete Veränderungen des Waffengesetzes?

Das zuletzt 2009 nach dem Amoklauf in Winnenden geänderte Waffengesetz hat sich bewährt. Weitere Änderungen des Waffenrechts sind daher nicht geplant. Sichergestellt werden muss allerdings, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sportschützen gewahrt bleibt. Dies liegt in unserem ganz besonderen öffentlichen Interesse.

b) Hält Ihre Partei Verschärfungen des Waffenrechts für erforderlich? Wenn ja: Aus welchen Gründen?

Deutschland verfügt bekanntlich bereits über eines der strengsten Waffengesetze in der Welt. **Für eine Verschärfung des Waffengesetzes gibt es der zeit keine Notwendigkeit**

c) Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen für erforderlich? Wenn ja: Welche konkreten Waffen sollen verboten werden?

Bereits nach geltendem Recht ist eine Vielzahl von Waffen verboten. Weitergehende Verbotsnormen im Waffengesetz sind derzeit nicht beabsichtigt.

SPD

Die SPD macht in Ihrem Wahlprogramm keine konkreten Aussagen zum Schießsport oder Waffenrecht. Lediglich im Abschnitt „Freiheit und Sicherheit" des „Regierungsprogramm 2013 – 2017" heißt es in der Einleitung zu diesem Abschnitt:

"Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben. Sicherheit und Bürgerrechte dürfen keine Gegensätze sein. Wir wollen eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß."

Quelle: http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die SPD sich bereits jetzt zu einer möglichen Koalition mit Bündnis90/Die Grünen bekannt hat. Dies bedeutet, dass in einem möglichen Koalitionsvertrag sicherlich der Punkt „Waffenrecht" aus dem Programm der Grünen enthalten sein wird – wie es bereits jetzt auf Landesebene der Fall ist. Auf Landesebene wurde dies jedoch bis jetzt nicht weiter verfolgt, da zunächst der Ausgang der Wahl am 22. September abgewartet wird.

Bündnis 90/Die Grünen

Ganz klar gegen die Sportschützen und den privaten Waffenbesitz im Allgemeinen sprechen sich Bündnis 90/Die Grünen aus. Im Wahlprogramm heißt es:

„... Kriminalitätsbekämpfung ist Sache der Polizei, nicht des Militärs. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Tatsächliche Sicherheitslücken wollen wir konsequent schließen, **zum Beispiel durch ein schärferes Waffenrecht.** Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der der Grundsatz gilt : **Öffentliche Räume und private Wohnungen sind waffenfrei.** Einsatzbereite funktionsfähige scharfe Schusswaffen wollen wir nur noch in zwingenden Ausnahmefällen (z.b. PolizeibeamtInnen) in privaten Haushalten zulassen. Wir setzen uns für ein Verbot großkalibriger Faustfeuerwaffen als Sportwaffen und für die Begrenzung von Waffen- und Munitionsbesitz ein...."

Quelle:
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2013/Beschluesse/N_Buergerrechte_staerken.pdf

Wohlgemerkt, es heißt hier „Schusswaffen" und nicht Großkaliber oder Kleinkaliber. Gemeint sind damit alle Schusswaffen einschließlich Druckluft und CO2 Waffen, denn auch dies sind „scharfe Schusswaffen".